

## Rechtspopulismus in Europa und NRW Dortmund, 2. Juni 2015

## **Andreas Speit, Autor und Journalist**

## Thesen für die Diskussion:

- In Europa ist die radikale Rechte Rechtsextreme und Rechtspopulisten weiterhin auf den Vormarsch.
- Die Wahlen in Griechenland und Spanien widersprechen dem Trend nicht. Sie offenbaren vielmehr eine Differenz.
- In den stark von den verschiedenen Krisen in Europa getroffenen Ländern beginnen die Wähler "links" zu wählen. In den Ländern wo die Krise die Menschen nicht traf, reichen die Sorgen und Ängste vor "Belastungen" und "Einschnitte" um sich nach "rechts" zu wenden.
- Die Wahlen in Finnland und Österreich bestätigen diesen Trend.
- Wahlen dürfen aber nicht als alleiniger Indikator für politische Entwicklungen verhandelt werden.
- Verschiedene Studien zu Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft offenbaren, dass rassistische Ressentiments sich verfestig haben und auch gestiegen sind.
- Auch in Deutschland wirkt sich diese "rohe Bürgerlichkeit" eines Wohlstandchauvinismus aus.
- "Willkommen in Europa!" Darf nach den Wahlerfolgen der AfD und den Straßenprotesten von Pegida gesagt werden.
- In Europaparlament und auch in der Bundespolitik bestimmen / beeinflussen diese Entwicklungen (teilweise) die Einwanderungs-, Asyl- und Familienpolitik.
- Die radikale Rechte vereint vier Neins: Nein gegen die Europäische Union; Nein zu einer pluralen offenen Gesellschaft (inklusive Geschlechter- und Familienvorstellungen); Nein zu Einwanderung (inklusive Anfeindung von Roma und Sinti); Nein zu einer "Islamisierung des christlichen Abendlandes".
- Im Europaparlament bildete die radikale Rechte zwar zunächst keine Fraktion, aber sie konnten schon den Druck erhöhen. Die konservativen Parteien griffen prompt die Themen in deren Logik vereinzelt auf. Mit der Gründung der Fraktion "Europa der Nationen und Freiheiten" um Marine Le Pen am 16. Juni dürfte der Trend sich zu spitzen.
- Die NPD nutzt mit ihrem Mandat, einem Abgeordneten, das Europaparlament auch, um ein europaweites Netzwerk gegen Europa weiter auszubauen.